

Konferenz der Psychotherapeutischen Berufsverbände in Hessen

Berufsverband der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (BKJ)
Deutsche Gesellschaft für Psychosomatische Medizin und Ärztliche Psychotherapie (DGPM)
Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT)
Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) / VT-AS
Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPtV)
Verband Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im BDP (VPP im BDP e.V.)
Verband Hessischer Vertragspsychotherapeuten (VHVP)
Vereinigung analytischer Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (VAKJP)

Presseerklärung zum geplanten Versorgungsstrukturgesetz

Die Konferenz der hessischen psychotherapeutischen Berufsverbände tagt regelmäßig zur Diskussion von Fach- und politischen Themen der psychotherapeutischen Versorgung in Hessen. Die Verbände vertreten sowohl ärztliche Psychotherapeuten, als auch Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten.

Auf ihrer jüngsten Sitzung in Frankfurt/M. beriet die Konferenz der hessischen psychotherapeutischen Berufsverbände das von der Bundesregierung geplante GKV-Versorgungsstrukturgesetz und kommentierte es kritisch:

„Erklärte Absicht des derzeit als Regierungsentwurf kursierenden Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung ist die Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Als Vertreter der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Hessen können wir diese Absicht nur begrüßen.

Mit Besorgnis nehmen wir jedoch zur Kenntnis, dass die geplante Umsetzung des Gesetzes einen massiven Abbau der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung in Hessen bewirken würde. Laut statistischer Berechnungen gelten weite Bereiche Hessens als mit Psychotherapeuten überversorgt. Zurückzuführen sind diese statistischen Fehlberechnungen auf die Zeit des Inkrafttretens des Psychotherapeutengesetzes im Jahre 1999, sie bildeten schon damals nicht den tatsächlich höheren Bedarf ab. Bisher spielte das nur eine geringe Rolle, weil eine solchermaßen errechnete „Überversorgung“ mit einer bestimmten Facharztgruppe in einem Planungsbereich ohne Konsequenzen blieb. Dies soll nun durch das neue Gesetz verändert werden. Mit dem neuen Gesetz will der Gesetzgeber den Verantwortlichen im Gesundheitswesen jetzt Möglichkeiten an die Hand geben, Überversorgungen mit bestimmten Facharztgruppen abzubauen.

Z. Zt. wird die ambulante psychotherapeutische Behandlung in Hessen von knapp 2100 ärztlichen und psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten geleistet. Von diesen Praxissitzen würden zukünftig etwa 930 wegfallen. D.h., wenn sich ein niedergelassener Psychotherapeut zur Ruhe setzt, würde die Praxis geschlossen, bzw. der Arztsitz kann von der KV aufgekauft und nicht von einem Nachfolger übernommen werden.

Umso unverständlicher ist das Vorgehen des Gesetzgebers angesichts verschiedener Untersuchungen der letzten Jahre, die alle belegen, dass Psychotherapeuten über die Maßen ausgelastet sind. Schon jetzt sind Wartezeiten

von einigen Wochen oder Monaten auf Behandlungsplätze die Regel. Eine Situation, die fachlich und ethisch gegenüber Patientinnen und Patienten nicht zu vertreten ist.

Abgesehen von dem menschlichen Leid, das hierdurch in noch größerem Maße als bisher ohne ausreichende Behandlung bliebe, verursachen psychische Erkrankungen in den letzten Jahren durch Arbeitsunfähigkeit und Frühberentungen immense und stetig steigende Kosten. Eine effektive psychotherapeutische Versorgung müsste also auch im Interesse wirtschaftlich denkender Politiker und im Interesse der Krankenkassen sein.“

Weiterführende Informationen:

Bundespsychotherapeutenkammer: <http://www.bundespsychotherapeutenkammer.org/>

Landeskammer für Psychologische Psychotherapeutinnen und - Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und –therapeuten in Hessen (LPPKJP):

<http://www.ptk-hessen.de/>

Ansprechpartner:

H. Bauer, Psychol. Psychotherapeut, E-Mail: HansBauer.Wiesbaden@t-online.de, Telefon: 0611/441468

Unterzeichnende Verbände und weitere Ansprechpartner:

Berufsverband der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (BKJ), Landesgruppe Hessen, Marion Schwarz

Deutsche Gesellschaft für Psychosomatische Medizin und Ärztliche Psychotherapie (DGPM), Landesverband Hessen, Dr. med. Ulrike Spengler

Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT), Ingrid Moeslein-Teising (dgpt.hessen@gmx.de)

Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) / VT-AS, Karl-Wilhelm Höffler

Deutsche Psychotherapeutenvereinigung, Landesgruppe Hessen (DPtV), Else Döring

Verband Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im BDP - Landesfachverband Hessen (VPP im BDP e.V.), Hans Hübotter

Vereinigung analytischer Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (VAKJP), Barbara Stein

Verband Hessischer Vertragspsychotherapeuten (VHVP), Helga Planz (planz@bvvp.de)